

Bebauungsplan HAGENFELD

Vereinfachte Änderung gem. § 13 Bundesbaugesetz

B E G R Ü N D U N G

=====

Der qualifizierte Bebauungsplan HAGENFELD ist seit dem 16. November 1979 rechtsverbindlich. Eine 1. Änderung seit dem 19. Februar 1982.

Der Bebauungsplan setzt für das Gebiet gem. §§ 8,9 Baunutzungsverordnung GE und GI fest. Die Grundstücke werden entsprechend diesen Festsetzungen bereits genutzt. Die Erschließung mit Wasser und Kanalisation ist erfolgt, die Baustraße ohne Gehwege und Asphaltfeinbelag hergestellt.

Im Anschluß an das Gebiet HAGENFELD wird nun das Erweiterungsgebiet HESSEL/HAGENFELD III erschlossen. Der Bebauungsplan für dieses Gebiet ist bereits genehmigt, die Rechtsverbindlichkeit steht noch aus.

Der Straßenquerschnitt des Erweiterungsgebietes HESSEL/HAGENFELD III sieht wegen der geplanten Gemeinbedarfseinrichtung "Mehrzweckhalle" und die Ausweisung der Straße "An der Hessel" als Zufahrtsstraße zum künftigen Bau- gebiet GROSSER GÄNSBERG einen 1,50 m breiten Gehweg, eine 6,50 m breite Fahrbahn, einen mit Baumpflanzung unterbrochenen 3,50 m breiten Gehweg mit Parkbuchten vor !

Es ist deshalb erforderlich und zweckmäßig, den Ausbauquerschnitt der Orts- straße "An der Hessel" innerhalb des Bebauungsplangebietes HAGENFELD dem Aus- bauquerschnitt HESSEL/HAGENFELD III dort anzugleichen, wo sich das Betriebs- gelände einer Firma in beide Bereicheerstreckt. Dies um so mehr, als beim Ausbau dieses Straßenstückes grundstücksbedingt auf den im Bebauungsplan linksseitig vorgesehenen Pflanzstreifen mit 1,75 m ganz verzichtet und der Gehweg linksseitig auf 0,75 m verschmälert wurde.

Die im Gebiet HAGENFELD ansässigen Firmen sollen die Erweiterungsmöglichkeit im Gebiet HESSEL/HAGENFELD III erhalten. Dies war bei der Aufstellung des Bebauungsplanes HAGENFELD nicht bekannt. Deshalb wurde die Baugrenze mit einem Abstand von 8,00 m zur Grundstücksgrenze festgesetzt. Diese Baugrenze hindert eine geordnete Entwicklung der Betriebsstätten über den bisherigen Bebauungs- plan in das Erweiterungsgebiet hinein.

Aus den vorgenannten Gründen hat der Gemeinderat die Notwendigkeit und Zweck- mäßigkeit der Änderung des Bebauungsplanes festgestellt und diese nach An- hörung der Betroffenen beschlossen.

Oberderdingen, den 01. Oktober 1984


- Breiting -
Bürgermeister